

gegeninformation

Wer in Libyen regiert, bestimmt der Westen mit Bomben

Von der „humanitären Aktion“ zum Streit zwischen Aufsichtsmächten

Der Aufstand in Libyen erfreut sich von Anfang an westlicher Sympathien, genießt doch der libysche Staatschef im Westen ohnehin den Ruf eines wahlweise „terroristischen“ oder einfach nur „verrückten“ „Diktators“, der mit seiner inneren und äußeren Politik sowie seiner „undiplomatischen“ Attitüde immer schon und noch immer ein „unberechenbarer“ Störenfried „unserer“ Ordnung war und ist. Der Aufstand gegen ihn muss unterstützt, Gaddafi gestürzt werden, darüber ist man sich schnell einig – anders übrigens als anderswo, speziell in der nordafrikanischen bzw. nahöstlichen Region. Warum aber brauchten im Falle Tunesiens und Ägyptens europäische und amerikanische Politik und Öffentlichkeit ein paar Tage, ja Wochen, bis sie ihre Parteilichkeit sortiert hatten? Waren Ben Ali und Mubarak etwa keine „Alleinherrscher“?

Wenn man dieselben Maßstäbe wie an Gaddafi anlegen würde, aber immer! Bloß in den Jahrzehnten ihrer Herrschaft hörte man nie von solchen Tönen. Von ihnen wurde immer höflich als „Präsidenten“ berichtet, hier fiel nie der hässliche Vorwurf „Machthaber“ oder gar „Diktator“. Und warum? Weil diese beiden mittlerweile davongejagten Staatschefs immer als zuverlässige Verbündete der westlichen Staaten regierten, als „Anker der Stabilität“ in einer „unruhigen“ Region alle antiwestlichen – und speziell im Falle Mubaraks auch antiisraelischen – Bestrebungen mit wenig zimperlicher Staatsgewalt unter Kontrolle hielten oder eliminierten. Deren Herrschaftsmethoden wurden daher nie „terroristisch“, ihr Auftreten nie „verrückt“ genannt. Und ihre Politik war „berechenbar“, weil fest an den Interessen der westlichen Staaten orientiert.

Den Bonus „Stabilitätsanker“ hat sich ein Gaddafi nie verdient. Seine über 40-jährige Herrschaft war dem Westen immer viel zu stabil. Und wenn ein nordafrikanischer Hüter von Ölquellen seine milliardenschweren Einnahmen u. a. dafür verwendet, immer wieder von neuem Initiativen zu ergreifen, die die westliche Vorherrschaft im Orient und in Afrika in Frage stellen und antiwestliche Bewegungen weltweit unterstützen, dann verdient diese sehr offensichtliche Politik den Vorwurf „unberechenbar“; denn sie *verweigert sich den Berechnungen* der Regierungszentralen in Washington und anderen westlichen Hauptstädten. Zwar legte der Mann in den letzten Jahren viel von seiner Widerspenstigkeit ab und man arrangierte sich mit ihm, unübersehbar war aber weiterhin sein Beharren auf nationaler Selbstständigkeit und darauf, dass sein von ihm aus den Sitten und Gebräuchen seines Kulturkreises entwickelter diplomatischer Stil vom Westen als gleichwertig anerkannt werde. Sein Öl, das er zuverlässig lieferte, sein Geld, von dem er nicht wenig in den Mutterländern des Kapitalismus anlegte, seine Mithilfe beim Kampf gegen Elendsflüchtlinge, sein ausdrücklicher Verzicht auf die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen samt Beitritt zum Nichtverbreitungsvertrag, seine Wiedergutmachung für Lockerbie – gut

und schön. Aber dieser Gaddafi blieb ein „Problem“: Hielt er doch nicht damit hinter dem Berg, dass er all diese Konzessionen nur machte, weil er seine immer neuen Anläufe, die Weltordnung des Westens zu korrigieren, mit der Selbstauflösung des Sozialistischen Lagers endgültig zum Scheitern verurteilt sah. Daher blieb er trotz aller nützlichen Dienste, die er dem Westen leistete – eben „unberechenbar“.

Die westlichen Staaten wussten, dass ihr Einfluss auf Gaddafis Libyen nicht fest in dessen Staatsrason eingebaut war. Also sind seine diversen Kehrtwendungen für Westeuropa und Nordamerika, anders als die Frontwechsel z. B. in Osteuropa, keineswegs *unumkehrbar*. Vor allem für Frankreich, das sich mit der Mittelmeerunion als Vormacht des Mittelmeerraums zu etablieren versucht, ist daher Gaddafis Libyen ein „weißer Fleck“, seine Herrschaft ein „Regime“, weil er sich Frankreichs Ordnungsanspruch nur bedingt fügt. Wenn *dessen* Herrschaft nun durch einen Krieg mit bewaffneten Aufständischen ins Wanken kommt, dann sieht sich der Westen – und allen voran Frankreich – zur Kontrolle und Einmischung herausgefordert, und sofort ist klar: Der „freie Westen“ setzt auf Gaddafis Gegner und unterstützt sie in ihrem Kampf. Sie sollen ihre Macht seiner Hilfe verdanken und darüber als Anker einer künftigen prowestlichen Herrschaft in einem Gaddafi-freien Libyen etabliert werden.

Das hat irgendwie auch die Öffentlichkeit mitgekriegt. Die tut aber erst mal so, als würden die *Interessen und Kalkulationen*, die die großen Mächte im Fall Libyen ins Spiel bringen, keine Rolle spielen. Im Fernsehen werden Bilder von Soldaten gezeigt, die auf protestierendes Volk schießen; einmal sind es Truppen des Königs von Bahrain, dann libysches Militär – und die Moderatorinnen deuten auf die gleichen Szenen und leiten aus dem, was sie sehen, ab: Wenn zwei dasselbe tun, so es nicht dasselbe. Nur im letzteren Fall lässt der Herrscher „auf das eigene Volk schießen“. Sie erzählen zu Bildern von den bahrainischen Truppen, die eine Massendemo zusammenschießen, dass man dort „differenzieren“ müsse, weil dort des Königs Soldaten auf Leute

schießen, die der Iran aufgewiegelt habe, um so die arabische Halbinsel mit „unserem“ Erdöl zu destabilisieren. „Auf das eigene Volk schießen“ – das lässt nur der „Irre von Tripolis“. Woran ein unbefangener Fernsehzuschauer erkennen kann, dass Bilder keineswegs beweisen, was Sache ist, sondern umgekehrt: Die vorab feststehende Parteilichkeit für die Sache des Westens präsentiert Bilder, an denen die Moderatorin demonstriert, wer in Libyen Plus und Minus ist und, umgekehrt umgekehrt, in Bahrain. Daher müssten die westlichen Mächte einfach ganz selbstlos „den Menschen in Libyen helfen“. Es sei ihre *humanitäre Pflicht*, den Truppen Gaddafis, dem mit dem Spruch „Er lässt auf das eigene Volk schießen“ das Recht auf seine Herrschaft allumfassend aberkannt ist, Bomben aufs Haupt zu werfen.

Wenn sich dann Außenminister Westerwelle in der UNO enthält, Deutschland bei dem Militäreinsatz also nicht mitmachen will, kriegt er ordentlich was zu hören von der Öffentlichkeit: Deutschland entziehe sich seiner „humanitären Verantwortung“. Man redet einfach gar nicht darüber, was diese Aufsicht, die sich mit so viel Gewaltmittel versieht, eigentlich beinhaltet: nämlich das mit überlegener Gewalt in Anspruch genommene Recht und die Fähigkeit, auf andere Staaten Einfluss zu nehmen und ihnen im Ernstfall den eigenen Willen aufzuzwingen – und das tun diese Mächte ganz gewiss nicht, weil sie das Elend von Völkern einfach nicht ertragen. Auf allen Kanälen wird dafür die moralische Empörung geschürt und ordentlich die Front zwischen „gut“ und „böse“ aufgebaut. Es muss etwas für die *Parteilichkeit* getan werden: „Gut“ sind selbstverständlich „wir“ und in diesem Fall auch die Aufständischen, und der Kontrast dazu, „das Böse“, muss auch richtig herausgearbeitet werden. Da darf es keine Rolle spielen, dass das Volk, „auf das der Diktator schießt“, offensichtlich sehr gespalten und zum Teil gar nicht gegen den „Diktator“ ist: Die Fernsehaufnahmen von Gaddafi-Anhängern sind dann halt gestellt, vom „Diktator“ inszeniert, die Opfer, die das libysche Staatsfernsehen in seiner moralischen Gegenkampagne präsentiert, in Wirklichkeit gar nicht

vorhanden oder der „Diktator“ hat sie selber hingelegt – kann man ja mal behaupten. Was die Aufständischen denken und wollen, interessiert da nicht weiter, denn wir sind ja für sie, weil sie gegen den Tyrannen, also „freiheitsdurstig“, sind.

Wenn das erledigt ist, wissen die Journalisten und Fernsehleute aber schon auch, dass es um mehr geht als um „gut“ und „böse“. Ihnen fallen die „Sicherheitsinteressen Europas und Deutschlands“ rund ums Mittelmeer ein, was mit „Humanität“ gar nichts und alles mit Aufsicht und Kontrolle zu tun hat. Da erhält die angebliche Pflichtvergessenheit eines Westerwelle einen gänzlich anderen Inhalt: Es handelt sich selbstverständlich um „unser“ Einflussgebiet, und der Mann versagt dabei, Deutschlands Macht, natürlich zu *Deutschlands* Vorteil, auch in dieser Gegend einzusetzen. Dann berichten sie, dass ein verbissener Kampf darüber losgegangen ist, wer die *Führung* bei dieser Kriegsaktion beanspruchen darf. Und schon kann man in deutschen Fernsehsendungen das „humanitäre“ Frankreich plötzlich nicht mehr so gut leiden, weil sein Chef – den man jetzt „Klein-Napoleon“ nennt – sich mit Großbritannien zusammensetzt und besonders heftig um die Führung kämpft. Da durchschaut man hierzulande sehr schnell, dass dieser Mann damit auch einen Führungsanspruch *in Europa*, speziell was die Mittelmeer-Region angeht, anmeldet, und das geht natürlich nicht, denn das richtet sich ja gegen „uns“. Sarkozy kriegt schlechte Noten, weil man ihn gut versteht – man denkt ja selber so. Und schon versteht man Westerwelle besser: In eine Aktion, in der sich Deutschland *unterordnen* soll, darf es sich nicht hineinziehen lassen. Da muss man als Moderatorin auch wieder Abstand nehmen von der Agitation mit „Humanität“, denn es gibt ja Schlimmeres: zum Beispiel, dass Deutschland Opfer französischer „Machtspielen“ wird.

Angefangen hat es mit: Gaddafi ist ein Störenfried. Enden tut es bei: Was gewinnt oder verliert Deutschland in der Konkurrenz der europäischen Mächte? Und bei dem Einspruch, dass deutsche Politiker nicht unter der Ägide Frankreichs Krieg führen wollen.

01/11
diskussion

bielefeld

Veranstaltungen des
AK analyse & kritik:

**Vortrag & Diskussion zum
Thema: „Gewerkschaft“**
s. Ankündigung auf S. 2
10. Mai 2011, 19:00h.

Weitere Diskussionstermine:
14. Juni 2011, 19:00h.
12. Juli 2011, 19:00h.
9. August 2011, 19:00h.
13. September 2011, 19:00h.

**Jeweils dienstags, 19:00h.
Im AJZ, Heeper Straße 132,
33607 Bielefeld**

bonn

Veranstaltungen der
Gruppe kritischer Studenten:

**Vortrag & Diskussion zum
Thema: „Gewerkschaft“**
s. Ankündigung auf S. 2
4. Mai 2011, 19:30h.

**Vortrag & Diskussion zum
Thema: „Atomkraft“**
s. Ankündigung auf S. 2
11. Mai 2011, 19:30h.

**Diskussionsveranstaltung:
Nordafrika - Immer nur „Demo-
kratie gegen Diktatur“?**
18. Mai 2011, 19:30h.

**Jeweils mittwochs, 19:30h.
Im Buchladen „Le Sabot“,
Breite Str. 76, 53111 Bonn**

köln

Veranstaltungen der
Gruppe Gegeninformation

**Vortrag & Diskussion zum
Thema: „Atomkraft“**
s. Ankündigung auf S. 2
12. Mai 2011, 20:00h.

Die Wohnungsfrage im Kapitalismus

14. Juli 2011, 20:00h.

Das Privateigentum belegt jeden Quadratcentimeter mit seinem Gewinnanspruch und krepelt für diese eigentümliche Wertschöpfung alle Städte und Regionen um: Verelendung, Verhässlichung und Veredelung gehören mit zum Programm. Wie das mit den Grundrechnungsweisen der Marktwirtschaft zusammenhängt, soll Thema der Veranstaltung sein.

**Jeweils donnerstags, 20:00h.
Im Clubraum der
„Alten Feuerwache“,
Melchiorstr. 3, 50670 Köln**

www.gegeninformation.net

vortrag & diskussion

01/11

diskussion

Super-GAU in Japan:

Die Staaten haben aus Harrisburg und Tschernobyl nichts gelernt – was lernen sie aus Fukushima?

„Fukushima hat bewiesen, wie tödlich die Gefahr ist, die von Atomkraftwerken ausgeht!“ Das ist die Lehre von Kritikern, die vor allem den verantwortlichen Politikern ans Herz gelegt wird, damit die endlich die AKW's abschalten. Für diesen Nachweis soll es die ‚Havarie‘ in Fukushima gebraucht haben? Nach Harrisburg und Tschernobyl soll in politischen Kreisen Ahnungslosigkeit über das nukleare Gefahrenpotenzial herrschen? Seit über vierzig Jahren verhallt die Warnung vor dem atomaren Risiko ergebnislos, weil Staaten die Gefahr kennen, die sie in Gang setzen. Sie kalkulieren ja damit, wenn sie sie zu einem „Restrisiko“ erklären, das in Kauf zu nehmen ist. Und ein Risiko bleibt auch dann real, wenn man

es mit dem Euphemismus „Rest-“ klein redet.

Statt verfehlter Warnungen sind nach Fukushima ein paar ehrliche Antworten auf die folgenden Fragen fällig:

- Was ist von einer Technik zu halten, bei der ein Störfall nicht das Ende der Leistung, sondern den Einstieg in die Katastrophe bedeutet?

- Worin besteht die „Vernunft“ einer Wirtschaft, die für ihr fortwährendes Wachstum einen steigenden Energiebedarf durch Kernspaltung deckt, also durch ein Verfahren, das schon im störungsfreien Normalbetrieb die Bevölkerung verstrahlt

und im Extremfall in großem Stil über Leichen geht?

- Welche Ziele sind einem Staat das zivile nukleare Risiko wert, das wie jetzt in Japan große Teile seiner „Humanressource“ und seines Geländes, also seine eigene Machtbasis, auf Jahrzehnte so unbrauchbar macht, wie es sonst nur Kriege vermögen?

- Wie ist Merkels „Zäsur nach Fukushima“ zu beurteilen, wenn sie aus der „Erfahrung der Unbeherrschbarkeit“ der Atomtechnik den Schluss auf die Abschaltung des „Unbeherrschbaren“ verweigert und stattdessen eine Sortierung nach vermeintlich sicheren und unsicheren Reaktoren in Auftrag gibt?

- Was ist vom deutschen Umstieg auf alternative Energiequellen zu halten, wenn er mindestens das leisten muss, was bislang Kernreaktoren für die nationale Energiepolitik erbracht haben, und wenn für seine Anschubfinanzierung ausdrücklich die „Brückentechnologie“ Kernkraft wegen Milliardenereinnahmen noch bis auf weiteres genutzt werden soll?

Ohne der famosen Ethikkommission vorgreifen zu wollen, soviel steht fest bei all dem „Umdenken“: Wenn eine vermutlich verringerte Reaktorzahl über eine womöglich stärker begrenzte Restlaufzeit weiterstrahlt, ist das im Entsetzen über Fukushima als „unvertretbar“ erkannte Risiko sicher wieder voll vertretbar.

Vortrag und Diskussion mit einem Redakteur der Zeitschrift GegenStandpunkt

Bielefeld: Dienstag 14. Juni 2011, 19:00 Uhr. AJZ, Heeper Straße 132. (Forts. der Diskussion vom 12.4.)

Bochum: Montag, 9. Mai 2011, 20:00 Uhr. AStA-Kulturcafé der Uni Bochum, Universitätsstraße 150.

Bonn: Mittwoch, 11. Mai 2011, 19.30 Uhr. Buchladen „Le Sabot“, Breite Str. 76.

Köln: Donnerstag, 12. Mai 2011, 20 Uhr. Clubraum des Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3.

Die DGB-Forderungen zum 1. Mai:

Ein Offenbarungseid deutscher Gewerkschaftspolitik

Heraus zum deutschen 1. Mai: „Das ist das Mindeste: faire Löhne, gute Arbeit, soziale Sicherheit“ (DGB-Aufruf).

Warum werden derart selbstverständliche Ansprüche ans Leben in diesem reichen Land seit unendlich vielen Jahren und immerzu aufs Neue von der Gewerkschaft gefordert und doch nicht verwirklicht? Warum ist eine Arbeit, die einen nicht gleich auffrisst und deren Entgelt ein auskömmliches Leben

ermöglicht, in aller Regel noch nicht einmal „das Mindeste“ für die Arbeitnehmer? Der DGB fordert faire Löhne und meint damit einen „allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro“: Ist das das gute Geld für gute Arbeit, wenn ein Vollzeit-Arbeiter von rund 1200 Euro brutto im Monat sein Leben bestreiten muss?

„Deutschland ist in Schieflage. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer.“

Wenn die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, wer ist dann in Schieflage?! Warum erinnert der DGB an die materiellen Sorgen seiner Mitglieder eingewickelt in die Sorge um die Gleichgewichtslage des deutschen Staatsschiffs?

„In Teilen der Wirtschaft konnte die Krise dank des Einsatzes der Arbeitnehmer gemildert werden – der Respekt dafür ist bis heute ausgeblieben.“

Warum findet der DGB es absolut in Ordnung, dass seine Leute für die Krise zahlen, die sie nicht verursacht haben? Warum ist er pupenstolz auf die Opfer, die sie für die Rettung der Banken, des deutschen Kapitalismus und für den Aufschwung der Gewinne bringen? Und jetzt ist er beleidigt, dass der Dank des Vaterlandes ausbleibt: Was hat er denn erwartet?

So etwas braucht niemand.

Vortrag und Diskussion mit einem Redakteur der Zeitschrift GegenStandpunkt

Bielefeld: Dienstag, 10. Mai 2011, 19:00 Uhr. AJZ Bielefeld, Heeper Str. 132.

Bonn: Mittwoch, 4. Mai 2011, 19.30 Uhr. Buchladen „Le Sabot“, Breite Str. 76.

Düsseldorf: Samstag, 7. Mai 2011, 14:00 Uhr. BiBaBuze, Aachener Str. 1.

Lesetipp: GegenStandpunkt 1-11

u.a. mit den Themen: Finanzkapital (Teil IV), imperialistische Rohstoffsicherung, WikiLeaks und Volksaufstände in Nordafrika

Z.B. Ägypten. Die Führer der westlichen Welt werden von einem Volk überrascht: Dass die Massen in einem Land, an dessen gefestigtem Innenleben man äußerst interessiert ist, ohne dass man das bestellt hätte, seinem obersten Führer die Gefolgschaft kündigt, das fordert Kommentatoren wie politische Macher heraus. Nach einigem Zögern einigt man sich darauf, dass es da – wie auch in anderen Fällen – um

„Demokratie gegen Diktatur“ geht, und hält den Machthaber, den man Jahrzehnte durchaus zu schätzen wusste, für „untragbar“. Ihn macht man für den Aufruhr verantwortlich. Und gibt damit auch den Demonstranten vor, was sie der westlichen Welt mit ihrem Drang nach Demokratie schuldig sind: „Rückkehr zu stabilen Verhältnissen“ in dieser Krisenregion, Frieden mit Israel, Sicherung des Suezkanals,

kurz: lauter Interessen, für die Ägypten unter Mubarak funktioniert hat und künftig funktionieren soll. Das schließt den Ausschluss der ‚Islambrüder‘ aus dem Spektrum wählbarer Alternativen ebenso ein wie die Zufriedenheit darüber, dass das Militär die Sache in die Hand genommen hat und für eine passende Ordnung und Führung sorgt, die einer ordentlichen demokratischen Willensbekundung des

Volks unbedingt vorausgehen müssen. Da stellt sich schon die Frage, was das Volk in Ägypten auf die Straße getrieben hat. Der GegenStandpunkt liefert Aufklärung über den Volksaufstand, die Verhältnisse, gegen die er sich und wie er sich dagegen richtet, zu welchem wenig umstürzlerischen Ergebnis er es gebracht hat und welche Ansprüche das westliche Ausland an den ‚Demokratisierungsprozess‘ stellt.

bochum

Diskussionsveranstaltung der Gruppe kritischer Studenten:

Wissen in der bürgerlichen Gesellschaft: Wer organisiert es? Und zu welchem Zweck und Nutzen?
10. Mai 2011, 16h

Ruhr-Uni Bochum, Treffpunkt am Kulturcafé im AStA-Gebäude

dortmund

Diskussionstermin der GegenStandpunkt-Redaktion:

Die Offensive der GRÜNEN im Wahljahr 2011 Deutschland besser regieren mit der „Gemeinwohlpartei“ Politökonomisch „nachhaltiger“ - demokratisch „engagierter“ - Atomausstieg bald!
17. Mai 2011, 19:00h.

Weiterer Diskussionstermin:
21. Juni 2011, 19:00h.

Jeweils dienstags, 19h. Im Raum 226 des Dietrich-Keuning-Hauses, Leopoldstr. 50-58, 44147 Dortmund.

Diskussionstermine der Gruppe illoyal:

Überbevölkerung und Hunger in der Welt – wer ist wo zuviel auf dem Globus? Der Grund von Nahrungsmittelknappheit und –überschuss
19. Mai 2011, 19h.

Jeweils donnerstags, 19h. Im Taranta Babu, Humboldtstr. 44, 44137 Dortmund.

düsseldorf

Diskussionstermine des Forums GegenArgumente

Vortrag & Diskussion zum Thema: „Gewerkschaft“
s. Ankündigung links.
7. Mai 2011, 14:00h.

Weiterer Diskussionstermin:
18. Juni 2011, 14:00h.

Jeweils samstags, 14h. Im BiBaBuZe, Aachener Str. 1, 40223 Düsseldorf